

ÖGB und MigrantInnen

In Österreich arbeiten über 370.000 Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Diese 370.000 ArbeitnehmerInnen waren bis vor kurzem vom passiven Betriebsratswahlrecht ausgeschlossen, sie durften nicht als BetriebsrätInnen kandidieren und gewählt werden. Damit war MigrantInnen jede Möglichkeit genommen, von Ihresgleichen, also auch von Menschen vertreten zu werden, die ihre Probleme aus eigener Erfahrung kennen. Das hat viele entmutigt und von einer aktiven Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktivitäten abgehalten. Seit Jänner 2006 haben diese über 370.000 MigrantInnen endlich das passive Wahlrecht für den Betriebsrat. Die ÖGB-Führung hat zu diesem Erfolg von Vorarlberger KollegInnen wenig beigetragen. Die Stärkung der MigrantInnen und ihrer Rechte in den Betrieben ist weiterhin eine ungelöste Aufgabe.

Dabei geht es nicht nur um diese 370.000 MigrantInnen. Weitere hunderttausende MigrantInnen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, haben mit den gleichen ausländerfeindlichen Vorurteilen am Arbeitsplatz und innerhalb der Belegschaft zu kämpfen. Die Ausgrenzung im Betrieb und die alltäglichen Diskriminierungen in der Öffentlichkeit führten und führen zur Bildung von kulturellen Ghettos, sie fördern die Spaltung und Polarisierung zwischen „InländerInnen“ und „AusländerInnen“.

ÖGB und MigrantInnen

In Österreich arbeiten über 370.000 Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Diese 370.000 ArbeitnehmerInnen waren bis vor kurzem vom passiven Betriebsratswahlrecht ausgeschlossen, sie durften nicht als BetriebsrätInnen kandidieren und gewählt werden. Damit war MigrantInnen jede Möglichkeit genommen, von Ihresgleichen, also auch von Menschen vertreten zu werden, die ihre Probleme aus eigener Erfahrung kennen. Das hat viele entmutigt und von einer aktiven Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktivitäten abgehalten. Seit Jänner 2006 haben diese über 370.000 MigrantInnen endlich das passive Wahlrecht für den Betriebsrat. Die ÖGB-Führung hat zu diesem Erfolg von Vorarlberger KollegInnen wenig beigetragen. Die Stärkung der MigrantInnen und ihrer Rechte in den Betrieben ist weiterhin eine ungelöste Aufgabe.

Dabei geht es nicht nur um diese 370.000 MigrantInnen. Weitere hunderttausende MigrantInnen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, haben mit den gleichen ausländerfeindlichen Vorurteilen am Arbeitsplatz und innerhalb der Belegschaft zu kämpfen. Die Ausgrenzung im Betrieb und die alltäglichen Diskriminierungen in der Öffentlichkeit führten und führen zur Bildung von kulturellen Ghettos, sie fördern die Spaltung und Polarisierung zwischen „InländerInnen“ und „AusländerInnen“.

MigrantInnen in die Gewerkschaften!

Der ÖGB hat in den letzten 40 Jahren keine klare Position zu diesem Thema bezogen. In den Gewerkschaften sind MigrantInnen anscheinend nur als zahlende Mitglieder, aber nicht als gleichberechtigte KollegInnen geachtet. Es ist höchste Zeit, dass der ÖGB die soziale Lage der MigrantInnen zu einem vorrangigen gewerkschaftlichen Anliegen macht.

Wir Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG) fordern für alle in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, gleiche Rechte im Arbeitsleben, im sozialen Bereich und in der Politik. Von einem sich erneuernden ÖGB erwarten wir das solidarische Zugehen auf unsere KollegInnen MigrantInnen und fordern ihre gezielte Einbeziehung in die ÖGB-Reformdiskussionen und in die Betriebsratsarbeit.

Um das zu verwirklichen, ist aber auch die Initiative der Betroffenen notwendig. Unsere Arbeitsgruppe hat sich das Ziel gesetzt, durch Informationsmaterial, Veranstaltung von Seminaren, durch Diskussionen und Aktionen eine Sensibilisierung der österreichischen KollegInnen für die Situation der MigrantInnen zu bewirken. Wir wollen ihnen und uns die vielfältigen Erfahrungen und Stärken von MigrantInnen bewusst machen und erreichen, dass MigrantInnen verstärkt für die aktive Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden.

**KollegInnen: Euer Interesse, eure Anregungen,
eure Mitarbeit sind erwünscht!**

MigrantInnen in die Gewerkschaften!

Der ÖGB hat in den letzten 40 Jahren keine klare Position zu diesem Thema bezogen. In den Gewerkschaften sind MigrantInnen anscheinend nur als zahlende Mitglieder, aber nicht als gleichberechtigte KollegInnen geachtet. Es ist höchste Zeit, dass der ÖGB die soziale Lage der MigrantInnen zu einem vorrangigen gewerkschaftlichen Anliegen macht.

Wir Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG) fordern für alle in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, gleiche Rechte im Arbeitsleben, im sozialen Bereich und in der Politik. Von einem sich erneuernden ÖGB erwarten wir das solidarische Zugehen auf unsere KollegInnen MigrantInnen und fordern ihre gezielte Einbeziehung in die ÖGB-Reformdiskussionen und in die Betriebsratsarbeit.

Um das zu verwirklichen, ist aber auch die Initiative der Betroffenen notwendig. Unsere Arbeitsgruppe hat sich das Ziel gesetzt, durch Informationsmaterial, Veranstaltung von Seminaren, durch Diskussionen und Aktionen eine Sensibilisierung der österreichischen KollegInnen für die Situation der MigrantInnen zu bewirken. Wir wollen ihnen und uns die vielfältigen Erfahrungen und Stärken von MigrantInnen bewusst machen und erreichen, dass MigrantInnen verstärkt für die aktive Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden.

**KollegInnen: Euer Interesse, eure Anregungen,
eure Mitarbeit sind erwünscht!**